

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

8.1.1921 (No. 6)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruhe  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. Amend  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 M. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die Tmal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tawifester Rabatt, der als Kasienrabatt gilt und vervollzogen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verteilung und Konturübernahme fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Feier des Jahrestags der Begründung der Reichseinheit.

Am Abend des 18. Januar 1921 findet in der städtischen Festhalle dahier eine vom Staatsministerium veranstaltete allgemeine Gedenkfeier statt, aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Jahrestags, an welchem die Einigung der deutschen Stämme verwirklicht und das deutsche Reich wieder erstanden ist. Die Ansprache dabei hält der Staatspräsident. Das Landestheater wird die Feier durch Orchesterstücke und Gesänge künstlerisch ausgestalten. Die besondere Einladung an die gesamte Bevölkerung von Karlsruhe wird in den Tageszeitungen noch ergehen.

#### Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten.

Die Abhaltung der diesjährigen Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten ist für die erste Hälfte des Monats März in Aussicht genommen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats Februar d. J. beim Justizministerium einzulegen.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

In der Arbeitsmarktlage ist in der ersten Woche des neuen Jahres keine besondere Änderung gegenüber der Vorwoche eingetreten. Die Zahl der Erwerbslosen ist gleich geblieben, denn die Zahl der durch Betriebsstellungen und Schließungen zur Entlassung gekommenen Arbeitskräfte hat sich durch Neueinstellung von solchen in anderen Betrieben ausgeglichen, so daß von einer gewissen Ruhe des Arbeitsmarktes gesprochen werden kann. Durch die gelinde Witterung war es wieder in beschränktem Umfang möglich, Erarbeiten im Freien aufzunehmen, auch hat in manchen Bezirken das Baugewerbe eine Besserung erfahren.

Die Lage in den einzelnen Berufsgruppen ist folgende: In der Landwirtschaft mehrt sich wieder die Nachfrage besonders nach Anechten.

Die Metall- und Maschinenindustrie weist weiterhin einen Mangel an offenen Stellen für gelernte Arbeitskräfte auf. Schlosser, Eisenblecher, Elektromonteur und Schaufelreue, sowie besonders ungelernete Hilfskräfte stehen in großer Zahl als Stellenjuchende zur Verfügung.

Die Textilindustrie ist augenblicklich noch gut beschäftigt. Es ist allerdings hier zu befürchten, daß in der nächsten Zeit ein Rückgang eintreten wird, nicht zuletzt auf Grund der in der letzten Zeit eingetretenen ausländischen Preissteigerungen, wodurch ein Anstieg der Waren nach dem Auslande unterbunden wird.

Die Papierindustrie ist weiter günstig beschäftigt. Dagegen zeigt die Lederindustrie für Sattler, Tapezierer und Polsterer sehr wenig Arbeitsausicht.

Die Holzindustrie fordert immer noch Facharbeitskräfte, besonders Wärfelchreiner, Holzbildhauer und Drechsler in größerer Zahl an. Arbeitslose sind in diesem Berufe nur noch ganz wenige vorhanden.

Im Nahrungsmittelgewerbe hat sich die Lage noch nicht geändert. Bäcker, Konditoren und Metzger müssen, soweit es möglich war, in anderen vorübergehenden Arbeitsstellen untergebracht werden, eine größere Zahl steht noch bei den örtlichen Fürsorgestellen in Unterstufung.

In der Bekleidungsindustrie ist ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nur im Friseurgewerbe festzustellen. Schneider und Schuhmacher sind dagegen in größerer Zahl als Stellenjuchende vorgemerkt.

Im Baugewerbe war es möglich, die Tätigkeit infolge der gelinden Witterung teilweise wieder aufzunehmen, trotzdem ist aber die Zahl der Arbeitslosen dieses Berufszweiges noch außerst stark; Erdarbeiter und Bauhilfsarbeiter stehen in großer Zahl zur Verfügung.

Das Vertriebsgewerbe weist noch ein starkes Überangebot von Buchhändlern und Schriftsehern auf. Die Beschäftigung im Handelsgewerbe ist in der Berichtswache weiter zurückgegangen. Das Angebot von offenen Stellen ist außerordentlich gering.

Unangenehm ist ebenfalls die Lage in Hotel- und Wirtschaftsgewerbe, wegen für private häusl. Dienste immer noch Haus-, Küchen- und Zimmermädchen, sowie Köchinnen in großer Zahl verlangt werden.

**Betriebsbeschränkungen und Schließungen.** Infolge Kohlenknappheit mußten zwei Betriebe mit 8 Männern und 40 Frauen vorübergehend schließen. Wegen Rohstoff- bezug. Arbeitsmangels wurden bei drei Betrieben Einschränkungen vorgenommen, wovon insgesamt rund 200 Arbeitskräfte (darunter 32 weibliche) betroffen sind.

**Wiedereröffnung von Betrieben:** Ein Betrieb der Steinindustrie mit 110 Männern und 138 Frauen konnte nach Behebung des Brennstoffmangels wiedereröffnet werden.

**Erwerbslosenunterstützungen** wurde in der Berichtswache an 4186 Männer und 131 Frauen im Gesamtbetrag von 302 077,52 M. bezöhlt. Für Arbeitsgeheimhaltung wurde 325 Männern und 104 Frauen 14 571,21 M. Zulage gewährt. Mit Notstandsarbeiten waren 2514 Erwerbslose beschäftigt.

### Die polnische Presse über Pilsudski's Reise nach Paris.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Aus der „Naczepolita“ vom 30. Dez. ist zu entnehmen, daß der beabsichtigte Besuch des polnischen Staatsoberhauptes, des Marschalls Pilsudski, schon wochenlang vorher von dem französischen Gesandten in Warschau, Herrn Panafieu, vorbereitet worden ist. Nachdem die Verhandlungen mit der polnischen Regierung über die politischen Grundlagen dieses Besuchs zu Ende gekommen waren, reiste Panafieu nach Paris, um dort die entsprechenden Vorkehrungen zu vereinbaren.

Der größte Teil der polnischen politischen Presse ist durch die Tatsache dieses Besuchs in einen wahren Begeisterungssturm geraten und es ist dem sozialistischen Organ Warschaws, dem „Robotnik“, vorbehalten geblieben, Ruhe und Würde zu bewahren. Das Blatt weist zunächst den von nationalistischer polnischer Seite erhobenen Vorwurf, die Bitte habe die Nachricht von der Einladung unwillig aufgenommen, zurück und fährt dann fort: „Wir sehen keinen Grund, weshalb man ein Fremdengeheimnis erheben soll anlässlich der bloßen Tatsache, daß die Regierung eines befreundeten Staates das polnische Staatsoberhaupt zu einem Besuche auffordert. Polen ist kein armer Verwandter, der in einen Zaun des Entziedens geraten muß, wenn ein wohlhabender Verwandter ihn in seinen Palast einladet. Was aber die politische Bedeutung dieser Tatsache betrifft, so werden wir mit der Aufhebung unserer Ansicht warten, bis wir erfahren, wovon in Paris die Rede sein und welchen wirklichen Nutzen der Besuch Polen bringen wird.“

Die bürgerliche Presse Warschaws will von solchen vorsichtigen Äußerungen nichts wissen, sondern ergeht sich in den kühnsten Hoffnungen. Sie erwartet, daß Frankreich polnische Politik treiben wird, besonders in der obereschlesischen Frage. So jagt die „Gazeta Warszawska“, die obereschlesische Frage und die Wäner Frage müßten in Übereinstimmung mit den Interessen Polens gelöst werden. In diesen Fragen werde Frankreich Polen sicher unterstützen. Nach dem Verhalten des Generals Le Nord, der sich in Einvernehmen mit seiner Regierung handelt, ist diese Erwartung des nationalistischen polnischen Organes nicht unangerechtfertigt, aber das Blatt verzicht anseheinend, daß Frankreich immerhin noch nicht in der Lage ist, allein mit Polen zusammen die obereschlesische Frage „in Übereinstimmung mit den Interessen Polens“ zu lösen, sondern daß noch andere Mächte mitsprechen haben. Herr Stronski in der „Naczepolita“ geht noch einen Schritt weiter, indem er den Franzosen klar macht, daß wenn sie sich den polnischen Interessen dienbar erwiesen, sie damit zugleich ihre eigenen Interessen fördern, denn da Frankreich ein starkes Polen brauche, so tue es mit der Förderung Polens „kluge Arbeit für das Wohl Frankreichs“.

Überhaupt klingt durch die Äußerungen der Warschauer Presse ein starkes Selbstgefühl von der polnischen Machtstellung hindurch. Der „Kurjer Polski“ spricht von Polens „Machtstellung in Europa, die sich in der französischen Reise des Präsidenten der Republik widerspiegeln. Der „Kurjer Poranny“ sagt stolz, die persönliche Fühlung Pilsudskis mit Willerand werde nicht nur für die Politik Polens und Frankreichs von hervorragender Bedeutung sein, sondern auch für die Gestaltung der internationalen Verhältnisse des neuen Europas. Der Besuch werde über die Malle Polens, seinen Geist und seine Stimmungen im Westen richtige Anschauungen verbreiten.

Das alles klingt recht geschwollen und es erscheint einigermaßen fraglich, ob die Franzosen dieses polnische Selbstgefühl, das sich in so starker Form äußert, sehr schätzen werden. Die „Gazeta Poranna“ geht sogar noch einen Schritt weiter als die eben erwähnten Blätter, indem sie die völlige Gleichberechtigung Polens mit Frankreich durch die Befestigung feststellt, Polen sei stets der Schwelmer Frankreichs gewesen. Ob sich aber Frankreich stets als Schwelmer Polens gefühlt hat? Als neulich Herr Lehgues im französischen Kammerauschuss für Auswärtige Angelegenheiten Polen wegen seines Imperialismus und seiner Abenteuerlust abanzelte, hatte man mehr den Eindruck, als ob Frankreich sich als die Mutter oder die Gouvernante Polens fühle, die einem ungezogenen Jungen gelegentlich die Hörschen strammzieht. Der „Korob“ rächt sich freilich für die damals den Polen erteilte Lektion, indem er seinerseits den Franzosen weise politische Lehren erteilt. In bezug auf Deutschland sei ja die polnisch-französische Interessengemeinschaft klar, aber hinsichtlich Rußlands müsse sich Frankreich verständigere Bemerkungen als früher. Die Stimmen, die verlangen, daß Polen in dieser Frage den französischen Standpunkt annehme und ihm seine Lebensinteressen unterordne, klängen für polnische Ohren etwas merkwürdig. An der Seine dürfe kein Boden übrig bleiben für Strömungen und Bestrebungen, die man als französisch-russische Allianz bezeichnen könne. Frankreich werde hoffentlich diese Politik, die ihm so bittere Enttäuschungen gebracht habe, nach ihrem Werte und ihren tatsächlichen Ergebnissen beurteilen. „Nun wissen ja die Franzosen, was sie tun dürfen und was sie zu lassen haben.“

Ein Teil der polnischen Blätter hofft, daß diese erste große Staatsbesuche bei einer Großmacht die letzte sein werde. So sagt der „Kurjer Polski“: „Wir hoffen, daß auf diese Zusammenkunft des Vertreters des polnischen Staates mit den höchsten Regierungskreisen Frankreichs ähnliche Akte in bezug auf die anderen Verbündeten folgen werden.“ Auch der „Kurjer Poranny“, rechnet mit Besuchen bei den Staatsoberhäuptern anderer verbündeter Staaten und Gegenbesuchen dieser in Warschau. Aus diesen Äußerungen spricht nicht nur die ja gewiß nicht geringe Stiefelheit der Polen, sondern auch

der Gedanke, daß man sich doch lieber nicht allein auf das Wohlwollen Frankreichs stützen möchte. Diese Ansicht aber dürfte den Franzosen ebensovienig genehm sein, wie das vorher erwähnte sehr starke Selbstgefühl der Polen. Frankreich möchte Polen gern jederzeit als seinen Schutzbesohlenen betrachten, der politisch, militärisch und wirtschaftlich auch völlig den französischen Interessen zur Verfügung zu stehen hätte.

### Das Fiasko der Vermögensbesteuerung.

Wenn auch das finanzielle Ergebnis der Finanzreform des Jahres 1919 sich heute noch nicht annähernd übersehen läßt, weil die meisten der neu geschaffenen Steuern noch nicht einmal veranlagt, geschweige denn bezahlt sind, so läßt sich doch, wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, leider bereits mit Sicherheit feststellen, daß die beiden großen Abgaben vom Vermögen, die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und das Reichsnotopfer, die einen der Grundpfeiler bilden sollten für den Wiederaufbau der deutschen Finanzen, in keiner Weise die Erwartungen erfüllen werden, die man auf sie gesetzt hat. Die Gründe dieses bedauerlichen Mißerfolges macht Professor Dr. Bühler (Münster) in der Zeitschrift „Recht und Wirtschaft“ zum Gegenstand einer kritischen Untersuchung, die in mancher Hinsicht außerordentlich beachtenswert ist.

Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die die Besteuerung des gesamten während des Krieges erzielten, dem Betrag von 172 000 Mark übersteigenden Vermögenszuwachs zum Ziele hatte, wird auch dann, wenn der Steuerpflichtige seine Pflichten vollständig den Gesetzen entsprechend erfüllt, keineswegs zur „Einkerbung der großen Kriegsgewinne“ führen. Die Hauptursache dieses Versagens sieht Professor Bühler darin, daß die Steuergegebung an einem der wichtigsten Wirtschaftsprobleme, der Geldentwertung, mit geradezu erstaunlicher Ahnungslosigkeit vorübergegangen ist. Der Stichtag der Vermögenszuwachssteuer, als welcher bekanntlich nach längerem Schwanken der 30. Juni 1919 gewählt wurde, war gerade in die Anfangszeit der allerstärksten Geldentwertung gefallen. Das hatte zur Folge, daß für allen in realen Gütern, in Grundstücken, Wärdern, Fabriken, Warenlagern usw. angelegten Vermögensbesitz dessen Wert in den folgenden Monaten noch um ein Mehrfaches gestiegen ist, „ber auf jenen Stichtag errechnete Steuerbetrag prozentual heute, wo die Zahlung der Steuer wenigstens bevorzucht, sehr viel weniger ausmacht“. Professor Dr. Bühler führt dafür folgendes Beispiel an:

Es mag z. B. der Besitzer eines jener kleinen Sägewerke, die vor dem Kriege vielfach dem Erliegen nahe waren, aus dem Kriege aber durchweg als große Wertprojekte herboratigen, sein größtenteils in Holzwaren oder auch in stehendem Holz bestehendes Vermögen auf 30. Juni 1919 nach dem anzuwendenden gemeinen Wert, d. h. dem Verkaufspreis durchaus richtig zu einer Million angegeben haben; davon wären dann bei geringem Anfangsvermögen etwa 800 000 Mark abzugeben gewesen, d. h. also 80 Prozent des in solchen extremen Fällen mit dem Vermögenszuwachs fast zusammenfallenden Gesamtvermögens. Aber jene Holzvorräte sind heute, selbst nach gewissen Rückschlüssen, mindestens 4 Millionen Mark wert und die richtig errechnete Zuwachsabgabe macht daher heute 800 000 Mark von 4 Millionen, d. h. nicht mehr 80 Prozent aus, sondern 20 Prozent!

Eine zweite, nicht minder tiefgreifende Ursache für das Versagen der auf die Konfiszierung der Kriegsgewinne gerichteten Steuergegebung bildet die Verzögerung der Steuer-einkerbung. Mehr als ein Jahr lang hatten die Kriegsgewinnler Zeit, sich auf die drohenden Steuern einzurichten, und sie bemühten sie, um in der Zwischenzeit mit dem ihnen einfließenden noch belassenen Kriegsgewinn die Abgabe im voraus wieder hereinzubekommen. „Dafür aber bot die Zeit von 1919 und 1920 mit ihrem unermeßlichen Warenhunger, dem Rohstoffmangel und der Möglichkeit fast grenzenloser Preisaufschläge einzigartige Möglichkeiten, die auch wahrlich aufsergiebigste ausgenutzt worden sind. So ergibt sich denn: ein großer Teil der Kriegsgewinnler braucht sich in der Tat über die Höhe der Vermögensabgabe nicht mehr anzufreuen, denn das Publikum hat sie ihnen im voraus in Gestalt von Preisaufschlägen auf viele Verbrauchsartikel bezahlt.“ Ähnliches gilt auch für das Reichsnotopfer. Der Stichtag dieser Abgabe fand zwar die Geldentwertung schon etwas weiter fortgeschritten. Diese hat sich aber in der Folge doch noch gewaltig gesteigert und dementsprechend hat sich die Belastung durch das Reichsnotopfer zur Zeit, da es zu bezahlen ist, in Wirklichkeit stark vermindert.

Dazu kommen dann noch die außerordentlichen Schwierigkeiten einer auch nur annähernd richtigen und vollständigen Wertermittlung. Neben Ertragswert und gemeinem Wert hat die Reichsabgabenordnung in den Bestimmungskriterien einen neuen Maßstab für die Wertermittlung geschaffen.

Da nun außerdem dieser Bestehenswert nach § 139 II R.A.O. für den Steuerpflichtigen in Wahl steht mit noch einem anderen, nämlich dem „wirklichen Wert zur Zeit der Bilanzstellung“, so haben wir vor allem ein Nebeneinander von vier Werten für die Bestimmung derselben gemerlichen Anlage und die sicherste Folge davon ist, daß man nicht mehr weiß, wo ein und aus mit den Bewertungsvorschriften, daß schon wegen ihrer Kompliziertheit von ihrer Durchführung im Sinne des Gesetzes gar keine Rede sein kann. Der Kaufmann nimmt gar zu leicht in Wirklichkeit von jenen vier Werten den, der ihm am meisten paßt und demütlich nicht ganz selten überhaupt keinen von diesen vier, sondern einen

...nämlich den, den er eben für den richtigen hält und die Steuerbehörde muß erst gefunden werden, die in der Lage wäre, für einige hundert oder tausend ihr unterstellter Beauftragter den nach dem Gesetz für einen bestimmten Zeitpunkt maßgebenden Wert für jedes von ihnen richtig einzusetzen. Und dabei handelt es sich bekanntlich bei den jetzigen Preisschwankungen nicht um 10 oder 20 Proz., sondern sehr häufig um mehrere hundert Prozent Unterschied im Wert und somit im Steuerbetrag!

Ganz besonders kommen diese Unklarheit und Unvollständigkeit der Bewertungsbeschriften der Landwirtschaft zugute. Wenn diese auch im Krieg in der Ausnützung der Konjunktur durch die Zwangswirtschaft erheblich gehindert worden ist, so sind doch auch ihre Erträge dem Nominalwert nach außerordentlich gestiegen. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Grundstückspreise und Pachten bildet dabei einen zuverlässigen Maßstab für die Preisentwicklung, mit dem die Landwirtschaft künftig rechnen. Wenn man, so meint Professor Wähler, die durchschnittliche Steigerung der neuen Pacht- und Kaufpreise und damit der Ertragsfähigkeit auf das Fünftfache schätze, so greife man sicher eher zu niedrig als zu hoch. Während aber der Besitzer von 100 000 Aktien, deren Wert nach dem Krieg auf das Dreifache gestiegen ist, für einen Zuwachs von 200 000 mit 80 000 besteuert wird, hat er tatsächlich den Wert der Landwirt, dessen Hof in der gleichen Zeit und bei gleichen Beständen von 100 000 auf 300 000 im Wert gestiegen ist, keinen Pfennig an Vermögenszuwachssteuer zu zahlen. Auch dann nicht, wenn sein Hof mit seinen Beständen jetzt nicht nur einen Wert von 100 000, sondern, was der Wahrheit meist näherkommen dürfte, einen solchen von 500 000 oder 900 000 hat. Das steht im Gesetz über die Vermögenszuwachsabgabe nicht etwa klipp und klar, aber es ergibt sich zwingend aus Grund eines geheimnisvollen Systems von Wertierungen auf das Besteuerungs- und Verbeibräutigungsrecht, wonach nämlich der Anfangs- und Endwert landwirtschaftlicher Grundstücke für die Vermögenszuwachssteuer nach dem Ertragswert von 1913 zu berechnen ist. Man kann bezweifeln, ob diese Bestimmung, die das Reich vorwiegend auf Milliarden bringen wird, in vollem Bewußtsein ihrer Tragweite erlassen worden ist. Ihre Wirkung ist, daß während normaler Weise die Vermögenszuwachsabgabe nach dem Nominalwert berechnet wird, das heißt also während allgemein der wegen der Papierwährung nur scheinbare Zuwachs als wirklicher Wertzuwachs versteuert werden muß, die Landwirtschaft zum Realwert berechnen kann. Trotz aller Wertsteigerungen ist also der landwirtschaftliche Besitzer im allgemeinen von der Entrichtung der Vermögenszuwachsabgabe entbunden. Kein Wunder, wenn die Landwirtschaft diese Bevorzugung nun auch für das Reichsnotopfer für sich in Anspruch nimmt und verlangt, daß auch der Veranlagung zum Reichsnotopfer nur der Friedenswert zugrunde gelegt werde.

Einige wenig klare und auf alle Fälle nicht maßgebende Wendungen, die bei der Beratung der Reichsabgabenordnung über den Begriff der „ungetrennten Verhältnisse“ gefallen waren, sind zum Glück machend, stellt sie sich nun auf den Standpunkt: wir befinden uns seit Kriegsausbruch in ungewöhnlichen Verhältnissen, sehen daher von diesen ganz ab und legen dem Reichsnotopfer den Friedenspreis zugrunde! So sind auf Anraten der Steuerberatungsstellen der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen offenbar ziemlich allgemein im ganzen Reich die Reichsnotopferveranlagungen für die Landwirtschaft tatsächlich abgeben worden. Man hat den Wehrbeitragswert eingelebt, womöglich vermindert, um Abzüge für Wertminderungen an Gebäuden und am Viehbestand, grundsätzlich also den Ertragswert von 1913, der, wie nicht übersehen werden darf, damals in Preußen überwiegend noch von landräulichen Veranlagungskommissionen und schließlich nicht allzu viel abweichend von dem für dieselben Güter übernommenen Ergänzungsteuerwert angelegt wurde, wie er sich unter diesen Kommissionen und der wohlberechneten Entbindung vom Deklarationszwang seit Jahrzehnten herausgebildet hatte, und der hinter dem wirklichen Wert schon damals durchschnittlich sicher ganz erheblich zurückstand. Dies also ist der Wert, den die Landwirtschaft jetzt, im Jahre 1920, einlebt, wo ihre wirtschaftliche Überlegenheit über die anderen Stände wahrlich riesengroß geworden ist, wo die Landwirte ihre Jahrzehnte langen Schulden fast durchweg abtragen konnten, wo die Großgrundbesitzer Bankguthaben mit sechsstelligen Ziffern und die kleineren und mittleren Bauern vielfach einen in Stoffen und Milchkannen aufgespartelten Vorrat haben, dessen Größe sie auf einige Tausend Mark gar nicht angeben können. Diesen Wert setzen auch die großen Ständeherrschaften für ihre Wähler ein, in denen ihnen ein Reichthum von Dutzenden und manchmal auch Hunderten von Millionen in den letzten Jahren recht eigentlich zugenommen ist!

Die Art, wie die Landwirtschaft bis jetzt ihr Notopferpflicht genügen zu wollen scheint, so resümiert sich Professor Wähler, sei ein ebenso großer Hohn auf den Grundgedanken dieses Gesetzes, wie die Entlassungen der meisten Kriegsgewinner aus Handel und Gewerbe. Selbständige Handels- und Gewerbebetriebe wirklich den Absichten des Gesetzes entsprechend zu fassen, sei angesichts der unklaren Wertermittlungsbeschriften, in die das Reichsfinanzministerium durch seine in mehr als einer Beziehung anfechtbaren Erlasse weitere Verwirrung gebracht habe, kaum möglich. Die Landwirtschaft aber sei dabei, unter Ausnutzung der für sie gegebenen Bestimmungen, aus denen ihre grundsätzliche Freilassung von der Vermögenszuwachsabgabe, wenn auch vom Gesetzgeber nicht klar angeordnet, doch gefolgert werden konnte, sich auch dem Reichsnotopfer zum überwiegenden Teil zu entziehen, so daß als wirksam ersähe eigentlich wohl nur gewisse Gruppen von Kleinrentnern bleiben. Wenn nicht in Beziehung auf die Wertermittlung an Stelle der jetzigen Wertierung in aller Eile volle Klarheit gesetzt und nicht außerdem in Verbesserung der Verwaltung noch bedeutende Fortschritte erzielt würden, werde wohl der ganz überwiegende Teil der Kriegsgewinne, die erzielt werden sollten, in Wirklichkeit nicht erzielt werden.

**Druckfehlerberichtigung.** In unserem gestrigen Leitartikel „Das Reichskabinett und die Parteien“ heißt es irrtümlich, Stamper bezeichne bei der Unterjuchung der Möglichkeiten, die sich aus einem Sturz des Kabinetts Nehrbach ergäben, diese Ausichten als „ausichtslos“. Es sollte selbstverständlich heißen: „diese Möglichkeiten als „ausichtslos“.

## Politische Neuigkeiten.

### Die Entwaffnung Deutschlands.

Der Londoner Korrespondent des „Matin“ will aus unterrichteten englischen Kreisen erfahren haben, man sei englischerseits geneigt, die Einwohnerwehren in Bayern und Österreich in je drei Perioden von drei Monaten aufzulösen zu lassen, so daß also die gesamten Freiwilligenverbände in Deutschland Ende 1921 verschwinden würden.

**Im Hauptauschuß der preussischen Landesversammlung** erörterte bei der Beratung zweier Nachtragsrats mit Forderungen für die Reorganisation der Polizei Minister des Innern Severing, gegenüber der Entente-Note vom 24. Dezember habe er ein sehr gutes Gewissen. Alle Anordnungen für die Reorganisation der Polizei seien mit ausdrücklicher Zustimmung des Generals Barthelemy des hierzu bevollmächtigten Vertreters der Entente getroffen worden. An der gegenwärtigen Stärke und an dem Maße der Bewaffnung der Polizei sowie an einer gewissen Beweglichkeit müsse unbedingt festgehalten werden, andernfalls sei er, der Minister, nicht in der Lage, die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit länger zu tragen. Der Auschuß war darin einig, daß eine militärische Organisation und überhaupt jeder militärische Anstrich der Polizeiorganisation auf jeden Fall vermieden werden müsse. Die Mehrheit stimmte aber den Ausführungen des Ministers darin zu, daß die Polizei auch in geschlossenen Verbänden müsse einschreiten können, wie es z. B. nötig gewesen sei, als es sich darum gehandelt habe, Widerstände bei der Getreideablieferung zu überwinden. Zu einer Beschlußfassung kam der Auschuß noch nicht; er will vielmehr die endgültige Entscheidung dem künftigen Landtag überlassen, weil erst abzumachen sei, wieweit die Landesversammlung über die Organisation der Verwaltung bestimmen und ob sie nicht unter Umständen das Ministerium ermächtigen werde, die Verwaltung provisorisch zu regeln.

Die Entwaffnung Deutschlands wird von der „Neuen Züricher Zeitung“ eine Tat genannt, die unendliche Überwindungskraft und volle Anerkennung verdiene. In Frankreich gebe man mit blinden Augen über diese unerhörte Abrüstung eines vor kurzem noch so wehrfähigen Volkes hinweg und schmeie einen Blies nur auf das, was an militärischen Kräften etwa noch bleibe. Das Züricher Blatt ist durchaus nicht der Ansicht, daß die Ordnungspolitiken samt den Einwohnerwehren eine militärische Gefahr für Europa bildeten. Es erblickt jedoch in der ohnmächtigen Duldung der bayerischen Organe ein Kriterium für die geistige Verfassung und die Machtverhältnisse in der Deutschen Republik. Wohl sei das eine innere Angelegenheit Deutschlands, gleichzeitig greibe aber auch die übrige Welt daran interessiert. Dabei brauche man keineswegs, wie es die französische Presse tue, unverzüglich den Rorschall hoch aus der Verfassung aufzusteigen zu lassen und an die berechtigten „Sanktionen“ zu erinnern, die, wenn sie das Ruhrgebiet betreffen sollten, ein furchtbares Spiel mit dem Feuer wären. Man müsse im Interesse der Veruhigung der Geister wünschen, daß die vernünftigeren englische Auffassung auf der Konferenz der Alliierten die Oberhand behalte.

Die Radio-Agentur veröffentlicht folgende Depesche aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten prüfe augenblicklich die Haltung, die sie offiziell einnehmen solle angesichts des Verlangens der französischen Regierung, von Deutschland die strikte Durchführung der in Spa vereinbarten Entwaffnungsklauseln zu verlangen. Das Staatsdepartement habe seine Ansicht über eine eventuelle Befreiung des Ruhrgebiets zu erkennen gegeben. Der Standpunkt der Vereinigten Staaten über diesen Gegenstand scheint der zu sein, daß Deutschland in dem Maße, in dem die Umstände es ihm gestatten, abstrafe, und daß es gut wäre, ihm eine neue Frist zu gewähren. — Der „Times“ gibt diese Nachricht unter Vorbehalt wieder.

### Zehn Fragen an Deutschland?

- Der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagt, die Deutschen würden bei der Fortsetzung der Verhältnisse Konkreter auf folgende zehn Fragen antworten müssen:
1. Welche Maßnahmen hat Deutschland bei Aufstellung des diesjährigen Budgets unternommen, um die Herstellung des Gleichgewichts anzustreben?
  2. Welche erhöhten Steuererträge hat Deutschland in den nächsten zwei oder drei Jahren zu erwarten?
  3. Wie stellt sich der wirkliche Preis der Steinkohlen für Industrie und Hausgebrauch?
  4. Wie hoch sind die Verluste, welche Deutschland erleidet durch die Beschlagnahme seines Nationalbesitzes?
  5. Wie steht die deutsche Handelsbilanz?
  6. Wie hoch ist der Betrag der Ausgaben für die Befreiung?
  7. Wie hoch sind die Kosten der deutschen Verwaltungsbehörden im Reich, und wie hoch ist die Zahl der Beamten und Angestellten. Ist diese in der letzten Zeit sehr erhöht worden und in welchem Verhältnis?
  8. Welches sind die Kosten der deutschen Einfuhr und was geschieht, die Preise der eingeführten Waren niedrig zu halten?
  9. Welche Politik betreibt die deutsche Regierung mit Bezug auf die Inflation des Geldumlaufs?
  10. Frage betrifft die Vorstöße, welche die Alliierten nach der Aberrückunft von Spa zugestanden haben. Diese Frage ist aber bereits erledigt.

### Die Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen.

Im Laufe des Freitags haben H. W. T. v. im Reichsfinanzministerium Besprechungen über die Erhöhung der Feuerungszuschläge mit den Vertretern des deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahnerorganisation stattgefunden, an denen u. a. außer dem Reichsfinanzministerium, das Reichsverkehrsministerium beteiligt waren. Diese Besprechungen führten nach langen Verhandlungen zu einer Verständigung auf der Grundlage der im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen bis auf einen Punkt, in welchem der Deutsche Beamtenbund glaubt, seine Bedenken nicht zurückstellen zu können. Es sind nunmehr die Grundlagen geschaffen für die Entscheidung des Reichsfinanzministers und des Reichskabinetts, nachdem zuvor Verhandlungen mit den Länderregierungen stattgefunden haben.

### Der Reichsfinanzminister über die Finanzlage.

In der gestrigen Sitzung des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates legte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth die Finanzlage und die Bedingungsabsichten des Finanzministeriums für vorhandene Defizite dar. Der Etat wird neuerdings aber dadurch eine sehr erhebliche Belastung erfahren, daß das Kabinett in Abwesenheit des Finanzministers beschlossen hat, den Forderungen der Eisenbahner entgegenzukommen. Falls diese Forderungen bewilligt werden sollten, würde sich eine Mehrbelastung von etwa 6 Milliarden Mark ergeben. Dazu kämen aber eventuell noch die Ersparnisdrücke, die Gemeinden und Länder aus dem automatisierten sich ergebenden Zuschussforderungen ihrer Beamten ergeben würden. Der Finanzminister erklärte, daß er seine Stellung davon abhängig machen werde, daß für die eventuelle Bewilligung auch die Deckung sicher gestellt würde. Der Minister sagte im wesentlichen Tarifverhandlungen der Eisenbahnen, Erhöhung der Post-

gebühren, neuen verschiedenen Steuern als Deckungsmöglichkeit ins Auge. Das Budget des Jahres 1921 wird nach der Auffassung des Finanzministers im ordentlichen Etat einen Mehrbedarf von mindestens 7 Milliarden Mark ergeben. Ein weiterer Ausbau der direkten Steuern sei unmöglich. Nach der bisherigen Steuerermäßigung können die endgültigen Bedürfnisse des Reiches, namentlich nach der Festsetzung der Entschädigung an die Feinde, nicht gedeckt werden. Dazu müssen neue Wege eingeschlagen werden. Insbesondere wird sich zeigen, daß jede Finanzpolitik letzten Endes Wirtschaftspolitik ist und dann wird die große Stunde des Reichswirtschaftsrates kommen, denn dann ist der Rat der Sachverständigen notwendig. — An die Ausführungen schloß sich eine lebhafteste Debatte. Von besonderer Bedeutung waren die Darlegungen von Max Cohen über die Wiederherstellung wesentlicher Mengen der aus dem Export gewonnenen Devisen von Seiten der deutschen Industriellen. Der Reichsfinanzminister verlangte eine Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates zu dieser Frage. Es wurde beschlossen, jenen Punkt auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. (W. B.)

### Die Mietabgabe.

Der Auschuß des Reichswirtschaftsrates für das Siedlungs- und Wohnungswesen beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem von der Regierung erneut vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens, in den teilweise frühere Vorschläge des sozialpolitischen Ausschusses aufgenommen worden sind. Wesentlich abweichend davon ist die Festsetzung der Steuerhöhe, worauf Oberbürgermeister Dr. Luther als Vorkämpfer hinarbeitet. Früher waren 15 Prozent des Mietwertes bei einer Erhebungsdauer von 10 Jahren vorgesehen. Der Regierungsentwurf legt nun 5 Prozent bei 20 Jahren fest. Das Gesetz wurde mit einigen Abänderungen mit allen Stimmen gegen die des Dr. Luther als brauchbar erachtet. Dr. Luther behielt sich vor, im Plenum des Reichswirtschaftsrates einen Antrag auf Erhöhung des Steuerfußes einzubringen, gegen dessen Niedrigkeit sich seine Ablehnung nicht richtet.

### Badische Ueberlicht.

#### \* Badische Wochenrückblicke.

##### Die Raue der Konstanzer Hoteliers.

Sie haben sich nicht gescheut, Hungrige zu sättigen, ermüdet von langer Reise einkehrende Fremde oder auch arbeitserlöschte Einheimische heimlich zu stärken, ruhlos Mite und Schwache zu ermahnen, des eigenen Herdes nicht teilhaftige Junggefallen zu versorgen und ahnlischer Laster sich schuldig zu machen, die in der Bibel wie im Homer in den Liedern aller Kulturen als Gastfreundschaft bezeichnet werden.

Mit diesen schönen Worten verteidigt ein Berliner Blatt die Schieberhotels der Reichshauptstadt, deren Treiben die Regierung kürzlich zur Freude jedes anständigen Menschen einzuschränken unternahm. Wie die patriarchalischen Zöhlen, die man nach dieser zählenden Darstellung in den betreffenden Häusern vermuten könnte, in Wirklichkeit aussehen, ergibt sich aus einer Schilderung, die kürzlich durch die Wälder ging. Ein Augenzeuge berichtet da aus einem sehr bekannten Hotel:

„Zimmer 279—280. Ein Gast, der echte prächtige Schieber- typ, trägt nur seidene Höschen, hat Duzende von Anzügen und Brillanten auf den fleischigen Händen wie ein Mahommedaner, zahlt täglich nur für Salon, Bad und Schlafzimmer mit zwei Betten 250 Mark. Im zweiten Bett schläft eine Dame, und zu ihren Füßen auf einem Seidenkissen ein weißer Spitz. Das Mädchen ist der Polizei wohlbekannt. Schon seit 14 Jahren hat sie in Paris Hühnerhähle begangen, war bald darauf 2½ Jahre in einer Korrektilionsanstalt in Basel und bis vor einigen Wochen, seitdem sie ihren Partner kennen lernte, ging sie in Genf für 10 Franken auf die Straße. Und wie lebt jetzt diese Dame? Jeden Morgen Kaffee, weiße Brötchen mit Butter und 1 Bißchen Ananas zu 50 Mark; dazu auch Honig. Dann ein parfümiertes Bad, das Parfüm allein kostet 180 Mark. Nachher kommt ein zweites Frühstück mit Eiern, Schinken, und Champagner. Mittag und abend ist das Paar auf seinem Zimmer. Serviert wurde Suppe, Geflügel, Fisch, Fleisch, allerlei Gemüse, Torten, Käse, dreierlei Wein und schließlich eine Flasche Champagner. Dieses Menü kostet täglich 900—1000 Mark. Der Hund bekommt jeden Tag ein parfümiertes Bad und ein ganzes Viehsteak zu 45 Mark, in den Abendstunden ½ Liter Milch und damit es diesem Tier sonst an nichts fehlt, wird es tags über mit Pralinen gefüttert. Einen Tag nach ihrer Einlogierung kaufte der Galan dem Mädchen einen Pelz für 60 000 Mark, Seidenwäsche für 85 000 Mark (die Rechnungen lagen offen im Zimmer), acht Kostüme für 92 000 Mark usw.“

Man kann dem Leiter des Landespolizeiamts beim Preussischen Staatskommissariat für Volksernährung wohl zustimmen, wenn er gegenüber dem Geschehe der Berliner Hoteliers wegen Unterbindung des Schleichhandels erklärt:

„Die Hoteliers machen sich also einer bewußten Verletzung ihrer Volksgenossen schuldig, wenn sie sagen, sie müßten ihre Gäste auf schwarzen Kaffee, Sodawasser und Warmelabe setzen, wenn ihnen der Schleichhandel nicht gefällig freigegeben würde. Wer hindert die Hoteliers, ihren Gästen eine kräftige und nahrhafte Hahnenfüßchen Suppe zu geben und ihnen Vorkostoffen mit Schinken und Eiern vorzusetzen? Nichts anderes, als die Stadt, ihren Gästen unter allen Umständen Milch, Butter, Zucker und Weißbrot, wie Kuchen und Brötchen aus feinstem Weizenmehl zuführen und hierbei — nennen wir die Sache doch beim richtigen Namen — schweres und schweres Geld zu verdienen, ist der Anlaß des Schleichhandels der Schankwirte.“

Aber diese Zumutung hat, wie die „Konstanzer Zeitung“ erfahren mußte, die von obiger Schilderung wie von der zitterten Auferstehung der erwähnten Bedenken mit Genugtuung Kenntnis genommen hatte, gewisse Gefahren. Die Konstanzer (!) Hoteliervereinigung nämlich, die bekanntlich schon anlässlich ihres vor einigen Wochen erfolgten Sturmlaufs gegen die Erwerbung des Waldhauses Jakob durch den Zentralverband der Gemeindefreibe amten ziemlich unabweisbar zu erkennen gegeben hatte, welche Sorte von Gästen ihre wahre Hochachtung genießt, hat sich über diesen Akt der freien Meinungsäußerung derart erregt, daß sie den Wochentag über das Blatt verurteilte, indem sie ihre Mitglieder ehrenrührig verpflichtete, die „Konstanzer Zeitung“ bis zur Aufhebung dieses Beschlusses weder zu abonnieren, noch zu dulden, daß dieselbe in den Kassen aufgelegt wird, noch Inserate darin in irgend welcher Form aufzugeben.

Auf diese Wohlthatverhängung hin hat die Ortsgruppe Konstanzer des Landesverbandes badischer Pfälzischer Redakteure eine Erklärung veröffentlicht, in der sie gegen eine solche Maßnahme, die einen Versuch dar-

stelt durch wirtschaftliche Druckmittel die Freiheit der Presse, der öffentlichen Meinungsäußerung und Kritik zu ersticken, auf das Nachdrücklichste protestiert. Die Organisation der Presse hat sich in der sehr berechtigten Meinung, daß ihren Mitgliedern aus der Ausübung ihres verantwortungsvollen Berufes keine Schädigung erwachsen darf, entschlossen, die Abwehr gegen dieses Vorgehen geschlossen mit aller Entschiedenheit zu führen.

Das gegenwärtige, in vielen Städten fortkomperte öffentliche Leben, so bemerkt das gemahregelte Blatt selber mit vollem Recht, erfordert heute mehr denn je ein massenhaftes Auftreten der öffentlichen Kritik, die sich in der Presse verkörpert und die durch persönliche oder geschäftliche Drohungen oder Gewaltmaßnahmen interessierter oder falsch beratener Kreise nicht erstickt werden darf. Wenn sich die Organisation der Presse in voller Geschlossenheit zu den schärfsten Gegenmaßnahmen entschlossen hat, so tut sie das auch im Interesse der Allgemeinheit, die das volle Vertrauen haben muß, daß die Presse frei, nach bestem Wissen und Können, die allgemeinen Interessen vertritt. Das Interesse des Publikums ist es darum auch, wenn es seinerseits nichts verjährt, der Presse diese Unabhängigkeit zu mahnen.

Was im besonderen den Schritt der Konstanzer Hoteliervereinigung anbetrifft, so wird es wenig Leute geben, die sich nicht an den Kopf fassen und fragen: Wie ist es möglich, daß diese Vereinigung auf den Gedanken kommen kann, gegen eine Kritik der schamlosen Verhältnisse in gewissen Berliner Hotels aufzutreten, sich also gewissermaßen mit jenen Betreibern solidarisieren zu erklären? Konstantz steht damit allein da, was zweifellos im ganzen Reich und im nahen Ausland in dem diese Angelegenheit durch die Presse bekannt gegeben wird, zu den bedenklichsten Rückschlüssen Anlaß geben wird.

Das Vorgehen der Konstanzer Hoteliervereinigung bedeutet in der Tat einen terroristischen Eingriff in die Freiheit der Presse und das Recht der öffentlichen Kritik gemeinlich, den elementarsten Vorkriegsbegriffen hohnsprechender Zustände. Daß sich die Mitglieder der Vereinigung damit selber in eine zweideutige Beleuchtung stellen, scheint ihnen garnicht bewußt gewesen zu sein. Wenn dieses Vorgehen Schule machen sollte, dann könnte es schließlich dahin kommen, daß beispielsweise eine Zeitung in Baden oder Bayern nicht mehr über ungeschehene Manipulationen irgend eines kaufmännischen, gewerblichen oder sonstigen Unternehmens in Potsdam oder Berlin berichten dürfte, ohne Gefahr zu laufen, von der entsprechend heimatischen Berufsorganisation dafür boykottiert zu werden. Ist bisher schon einmal in solchem Fall eine kaufmännische oder gewerbliche Berufsvertretung, die etwas auf sich selber hält, auf den übertriebenen Gedanken verfallen, sich mit dem wegen nachweislich unweiser Handlungen Belangten solidarisch zu erklären? Es ist nur zu verständlich, daß die Presse des Landes den Konstanzer Fall auf das Schärfste beurteilt. Wir haben bereits in unserer Donnerstagsnummer von einigen kritischen Bemerkungen der „Mannheimer Volksstimme“ Notiz genommen. In ähnlich entscheidender Weise hat sich inzwischen auch der „Badische Beobachter“ geäußert. „Die Presse hat allen Grund“, so schreibt er, „gegen einen solchen Beschluß Protest zu erheben. Wir wissen sehr wohl, daß der Hotelbetrieb unter der staatlichen Rationierung schwer zu leiden hatte und es daher machte, wie wohl fast die gesamte übrige Welt, d. h. einkaufte, wie und wo er etwas bekommen konnte. Es ist aber ein gewaltiger Unterschied, ob der Hotelbetrieb sucht, seine Gäste einzulassen anständig mit Speise und Trank zu versorgen, oder ob er dem Fraß und der Völlerei dem Schlemmerleben einer verkommenen Schieber- und Lebemannerkaste Unterzucht bietet. Letzteres kann man verstehen, letzteres ist verwerflich und heute geradezu ein Verbrechen. Das muß die Presse feststellen dürfen, ohne daß ihr daraus irgend ein Vorwurf erwachsen darf. Der Boykott, den die Konstanzer Hoteliervereinigung über die „Konstanzer Zeitung“ verhängt hat, ist daher durchaus unmoralisch und muß scharf verurteilt werden. Wir hätten gewünscht, daß sich in Baden niemand gefunden hätte, der mit dem Mittel des wirtschaftlichen Boykotts versucht, die Presse davon abzuhalten, schwere Ungeheuerlichkeiten im Berliner Hotelbetrieb zu rügen.“

Auch diesen Worten wird man rückhaltlos zustimmen können. Wir wollen daran die Hoffnung knüpfen, daß die Konstanzer Hoteliervereinigung ihren übereilten, unter völliger Verkennung der Sachlage gefaßten Beschluß, der so unliebsames Aufsehen erregt hat, so rasch wie möglich wieder aufhebt.

#### Bedauerliche Ausschreitungen.

Haben sich in der Schlußnacht in badischen Städten ereignet. Keiner blieb es dabei an mehreren Stellen nicht bei den üblichen Ausschreitungen, der beliebigen Manifestation alkoholgefärbter Wohlbedingens; sondern die Rohheit gewisser Rowdys brach sich in Verbrechen Bahn, wie in Mannheim, wo ein Arbeiter

### Dichterabend Walter Bloem.

Walter Bloem las am Freitag abend in der Eintracht vor einem zahlreichen Publikum eigene Dichtungen. Die Wiederholung seines Programms hatte Genaues. Sie brachte in natürlicher Folge einen Rückblick in die Vergangenheit, einen Blick auf die Gegenwart und einen Ausblick in die Zukunft. Der bewundernde Beifall der Reichsgründung hatte den Dichter verleitete, eine Szene aus seiner viel gelebten Romantrilogie „Die Schmiede der Zukunft“ zu wählen, die Schilderung der Kaiserproklamation am 1. Januar 1871 im Schloß Versailles. Der ganze gleichende Prunk eines militärisch aufgezogenen Festalles wird in scharfem Bild entfaltet. Wallende Federzüge auf Generalhelmen, schmarrende Kommandos, Präsentiergriffe, schmetternde Pauken, Hurra! und nochmals Hurra! Das sind die Elemente, mit denen der Dichter den großen Versailles Tag zu einem imponierenden militärischen Schauspiel gestaltet. Die großen Persönlichkeiten der Zeit, der greise König Wilhelm im Silberhaar, der eiserne Kaiser, der Kronprinz, der Großherzog von Baden, sie alle erscheinen in ihrer nah gesehenen Menschlichkeit verkleinert in dem fast unwürdigen Prunk und Spektakel um die letzte Kaiserkrone, in der jeder seinen Kopf bedrücken bestrebt ist. Verwirrungen sind die Folge u. werden diese Schatten auf den weltgeschichtlichen Tag. Die Wiedergeburt dieser Szene war doch wohl nur für Wenige eine wirklich erhebende Gedenkfeste. Den Meisten wohl zu außerordentlich zu rauschend, zu steif, zu sicherlich all denen, die immer wieder daran denken mußten, daß ja, noch ehe ein halbes Jahrhundert vergangen, derselbe Weg in demselben Schloß dem einstigen Sieger den furchtbarsten aller Friedensschlüsse diktiert hat. Der Dichter hat sich von vornherein ausdrücklich und deutlich gegen jede Wiedergeburt seiner Vortragsweise verwahrt. Und es ist das gute Recht des Künstlers, aus seinem

auf offener Straße erschossen wurde, sowie im Zusammenstoßungen und Überfällen auf die Staatsgewalt, wie in Pforzheim, besonders aber in Kattst, wo eine Anzahl gewissermaßen unternahm und nach einem Schnellfeuer auf die Beamten zwei vorher verhaftete Freunde befreiten, wobei allerdings einer der Schuldigen durch einen Schuß tödlich verletzt wurde. Die Beteiligten, deren Verhaftung noch in derselben Nacht erfolgte, sehen selbstverständlich der gerechten Bestrafung entgegen. Der Vorfall hat dann dazu geführt, daß dieser Tage eine Hundertschaft der grauen Polizei im Stadtteil Unterstadt Hausdurchsuchungen unternahm, wobei man interessante Funde machte. So wurden, trotzdem man bereits am 1. Januar eine Anzahl Waffen beschlagnahmt hatte, 4 Millionen Gewehre, 300 Infanteriepatronen, 25 Radungen Atramentsprengeknopf, 20 Sprengkapseln und eine Anzahl Seitengewehre sowie sonstiges in unrichtigem Besitz befindliches Geesgut aufgefunden. Außerdem wurde eine Anzahl anderer Gegenstände, die als Überführungsmittel für gewöhnliche kriminelle Vergehen in Betracht kommen, in Verwahrung genommen, so z. B. selbstverfertigte Jagdmunition, Mehgeweihe und Dietriche. Ferner wurden noch etwa 20 Revolver und Flöberigewehre aufgefunden bei Personen, die keinen Jagdschein haben. Auch an anderen Orten ist es nicht beim Schießen mit Feuerwerkskörpern geblieben, das an sich einen Umfang angenommen hatte, wie sonst kaum in Vorkriegszeiten, und die Frage nahelegte, ob denn das von einzelnen jugendlichen auf diese Weise verpulverte Geld überhaupt auf ehrlichem Weg erworben sein könne, sondern es kam vielfach zum Gebrauch von Schutzkräften, von Sprengmunition und dergleichen, wobei mehrere Personen getötet oder verletzt wurden. Elend und Jammer in vielen Familien ist die Folge dieser Verbrechen. Freilich glauben wir trotzdem nicht, daß im nächsten Jahr auch nur ein Einziger von denen, die an dieser wahrhaft ungezüglichten Art das neue Jahr zu begrüßen, ihr künftliches Vergnügen finden, auf der Straße fehlen werde. Die menschliche Dummheit stirbt nicht aus.

### Auszahlung rückständiger Guthaben der Heimkehrer.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: 1. Von der englischen Regierung sind Listen über 43 000 englische Pfunde eingegangen. Diese Summe umfaßt rückständige Arbeitslöhne der in englischer Hand und auf englischem Boden in Kriegsgefangenschaft gewesenen Heimkehrer. Die Zweigstelle der General-Kriegskasse Berlin SW. 19, Unterwasserstr. 7, ist angewiesen, die Einzelbeträge an die Empfangsberechtigten zu zahlen. Den Heimgelohnten sind von der englischen Regierung Guthabenscheine über einen bestimmten Betrag lautend ausgeschrieben worden. Diese Scheine werden von der genannten Zweigstelle zur Abrechnung benötigt. Heimkehrer, in deren Besitz sich noch englische, auf einen bestimmten Betrag lautende Guthabenscheine befinden, werden hiermit aufgefordert, diese Scheine sofort an die Zweigstelle der General-Kriegskasse Berlin SW. 19, Unterwasserstr. 7, zu senden.

2. Von England ist ferner ein Barbetrag von rund 120 000 Mark nebst zugehörigen Zinsen eingegangen. Diese Summe enthält Post- und Geld, mit dessen Auszahlung die genannte Zweigstelle ebenfalls beauftragt ist. Die Auszahlung hat begonnen und wird laufend fortgesetzt. Weitere Veröffentlichungen über Auszahlungen von Guthaben folgen allmonatlich. Die Auszahlungen seitens der genannten Zweigstelle erfolgen ohne weiteres. Die Heimkehrer werden deshalb in eigenem Interesse dringend gebeten, keinerlei Anfragen über die Auszahlung an die Zweigstelle richten zu wollen. Solche Anfragen wirken nur erschwerend und verzögernd auf das Auszahlungsgeschäft und können einen Nutzen für den Heimkehrer nicht herbeiführen, müssen vielmehr unbeantwortet bleiben.

### Die Kaminfegerunterstützungskasse

hat in ihrer Dezemberberufung die Mitgliedsunterstützung von 700 M. auf 2000 M., die Witwenunterstützung von 350 M. auf 1500 M., die Familienunterstützung von 50 M. auf 200 M. erhöht. Die älteren vorgelegten Unterhaltsrenten wurden für Witwen auf 800 M., für Familien auf 200 M. festgesetzt. Zur Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel mußte der Jahresbeitrag auf 360 M. bemessen werden. Das Arbeitsministerium hat diesen Beschlüssen zugestimmt.

### Kampf gegen die Fremdenlegion als Geschäft.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Seit einigen Monaten macht ein angeblicher Journalist Jhling durch seine öffentlichen Vorträge von sich reden, die er in München und anderen bayerischen Städten über die Frem-

denlegion hält, um vor dem Eintritt in diese und vor Weibern zu warnen. Er gibt in den Vorträgen seine eigenen Erfahrungen zum Besten, die er bei der Fremdenlegion gemacht haben will. Für jeden Vortrag von dreierhalb Stunden verlangt er 100 M., außerdem hat er Sammlungen nach dem Vortrag veranstaltet und auch schon versucht, von Behörden Geldmittel zu erlangen, die er angeblich zu Propagandazwecken im Kampfe gegen die Fremdenlegion verwenden wollte.

Jhling, Hans, ist am 1. Mai 1879 zu Tiefenort (Werra, Sachsen-Weimar-Eisenach) geboren und ist verheiratet. Die über das Vorleben des Jhling eingezogenen Erkundigungen und sein Gebaren geben Veranlassung, vor ihm und seinen Vorträgen zu warnen. Er macht zweifellos aus dem Kampfe gegen die Fremdenlegion ein Privatgeschäft, von unheimlichen Bestrebungen kann bei ihm nicht die Rede sein. Er wendet sich an alle möglichen Vereine, Schulen, Truppenkommandos, um Gelegenheit zu Vorträgen zu erreichen. Er verdient aber die Unterstützung der Behörden in keiner Weise. Ob er in der Fremdenlegion überhaupt gedient hat, ist im Hinblick auf die von 1897 bis 1913 fast ununterbrochene Reihe von Verurteilungen und Freiheitsentziehungen, die er in Deutschland erlitten, mehr als zweifelhaft.

### Badisch-württembergischer Zentrumsparität.

LPD. Die Zentrumsparität Württembergs und Badens hielt am 6. d. M. in Friedrichshafen einen gemeinsamen Parteitag ab. Der große öffentlichen Kundgebung am Nachmittag ging am Mittwoch abend und am Vormittag eine vertrauliche Besprechung voraus, an der auch der Vorsitzende der Badischen Landtagsfraktion, Reichstagsabgeordneter Dr. Schofer, der Reichstagsabgeordnete Reichstagsabgeordneter Dr. Erberger, der hessische Justizminister von Brentano, der frühere Reichsfinanzminister Erberger und Vertreter von Borsdorf, Dr. Meyer, Dr. Niederberger und Dr. Dreger-Wegenz teilnahmen. Die Versammlung befaßte sich mit den wichtigsten Tagesfragen. Die Aussprache ergab eine vollständige Einmütigkeit der Versammlungsteilnehmer. Zur Versammlung am Nachmittag war eine überaus große Zahl von Freunden der Zentrumsparität aus Württemberg und Baden erschienen, die allen Berufsständen angehörten. Als 1. Redner sprach der württembergische Reichs- und Landtagsabgeordnete Andre über wirtschaftliche Fragen. Der Redner forderte eine gründliche Sozialreform auf allen Gebieten, da nur diese eine soziale Revolution verhindern könne. Die Steigerung der Produktionsmittel und die Verbesserung der Lebenshaltung sei notwendig. Als 2. Redner sprach Abg. Universitätsprofessor Dr. Bauer-Täubing über kulturelle Fragen. Seine Ausführungen waren eine Apologie des christlichen Sittengesetzes. Über die auswärtige Politik berichtete Abg. Dr. Schofer und forderte die Versammlung auf, sich für die auswärtige Politik zu interessieren, da ihre Leitung ebenfalls in die Hände des Volkes gelegt sei. Reichstagsabgeordneter Erberger warf einen Blick in das Jahr, das eben begonnen würde. Dieser Blick fiel sehr düster aus.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Vom Reichsverband der deutschen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen. Der Vorort des über ganz Deutschland sich erstreckenden Verbandes deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen ist mit dem 1. Januar 1921 auf dem Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Sitz Kattst, übergegangen, dessen Präsident, Gewerbeamt Niederbühl in Kattst, somit Vorsitzender auch dieses ganz Deutschland umfassenden Verbandes ist.

LPD. Heilbronn, 6. Januar. Die Redarschiffahrt, die infolge des ungünstigen Wasserstandes etwa vier Monate unterbrochen war, ist gestern wieder aufgenommen worden. Die Einstellung war Mitte August erfolgt. Nachher konnten die Schiffe nur noch einmal wenige Wochen fahren.

LPD. Bretten, 7. Jan. Wie das „Brettener Tagblatt“ berichtet, wurden in Sternensfeld vor einer Fabrikhalle eine Bombe zur Explosion gebracht, die 25 Fensterstücken der Fabrik zertrümmerte. Der Schaden ist bedeutend.

LPD. Baden-Baden, 7. Jan. Der seit einiger Zeit hier lebende Besitzer der „Saarbrücker Zeitung“, Verleger Döfer, welcher das ehemalige Sanatorium Ebers käuflich erworben hatte, um eine Druckerei und Verlagsanstalt zu errichten, ist an einem Herzschlag gestorben.

Aus Weil erhalten wir folgende Zuschrift: Vielleicht ist unsere evang. Gemeinde Weil die erste im Lande, die aus eigener Initiative heraus und mit eigenen Mitteln ohne Unterstützung durch die politische Gemeinde die Anschaffung eines neuen Geläutes unternommen hat. Es war ein großes Freudenfest, als endlich am 26. September die Gloden, mit Kränzen geschmückt, von der ganzen Gemeinde begleitet, übergeführt werden konnten vom Bahnhof zur Kirche. Und als am 10. Oktober die auf der Höhe unseres Kirchturms thronenden Gloden feierlich läuteten, da war jedermann überausst über die unsere Erwartungen weit übertreffende Fülle, Reinheit und Weichheit des Tons, sowie den herrlichen, genauen Zusammenklang des Geläutes. Neben städtischen Gaben der einzelnen Gemeindeglieder sei noch ein großes Geschenk von Herrn Adolf Gamm in Remhorl, einem geborenen Weiler, erwähnt, ebenso aber auch die dankenswerten Beihilfen von Basler Freunden und Nachbarn.

### Badische Gemeindefchau.

LPD. Waldbauerbach (Amt Buchen), 6. Jan. Zum Bürgermeister unserer Gemeinde wurde Gemeinderat Valentin Friebe gewählt.

LPD. Dörlinbach (A. Ettenheim), 7. Jan. Bei der hier abgehaltenen Bürgermeisterwahl erhielt keiner der drei Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl, so daß die Wahl resultatlos verlief. Für die Kandidaten wurden je 136, 100, und 38 Stimmen abgegeben.

LPD. Stodach, 7. Jan. Der Bürgerausschuß hat in seiner letzten Sitzung den städtischen Voranschlag genehmigt. Es wurde die Erhebung einer Umlage von 75 Pf. beschlossen.

LPD. Muggingen b. Radolfzell, 7. Jan. Bürgermeister Rembrach hat sein Amt, das er 13 Jahre lang verwaltet hat, niedergelegt.

### Schwerhörige!

Kostenlose Ausprobierung unserer elektrischen Hör-Apparate! am Montag und Dienstag, den 10. u. 11. Jan., im Hotel Lutz, Deutsche Otophone-Comp. G.m.b.H., Frankfurt a. M., Ulenstr. 47.

H. Müller.

## Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme während der Erkrankung und beim Heimgehe meines lieben Mannes sagt herzlichsten Dank

Im Namen der Familie:

Frau Ida Stroebe geb. Weiß.

Karlsruhe, den 8. Januar 1921.

J. 798

## Badisches Landestheater.

Sonntag, den 9. Januar 1921:

Theaterkulturverband.  
Vortrag Fr. Droop, Mannheim  
**Expressionismus im Drama.**  
In der Wandelhalle I. Rang  
vormittags 11<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr  
Eintritt 3 M. bzw. 1.50 M.

Neu einstudiert:

**Lakmé.**

1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> 10 Uhr.  
20 Mark.

Konzerthaus.

**Neunzehnhundert-neunzehn!**

7—9 Uhr.

Mk. 11.—

## Badisches Landestheater.

Montag, den 10. Jan. 1921. 7—1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> 10 Uhr.

**Volksbühne  
J 1**

**Der Evangelimann.**

## Neue Frauenkleidung und Frauencultur

Zeitschrift für persönliche, künstlerische  
Kleidung, Körperkultur u. Kunsthandwerk  
(mit Schnittmusterbogen)

17. Jahrgang.

Als Blatt der gebildeten Frau ist die „Neue Frauenkleidung und Frauencultur“ Beraterin in Kleid-, Geschmacks- u. Kulturfragen. Der fast modisch empfindenden Frau zeigt sie Kleider, die innerhalb der großen Modelinie doch persönlich und formschön sind. Die Zeitschrift bringt nur Werkstattdrucke und Kleider, die sich durch beste Technik und neue, künstlerische Art der Ausführung auszeichnen. Ebenso wird das rein dem Wesen, der Eigenart und den Körperformen der Trägerin angepasste Kleid in künstlerischer Form gelöst.

Der beiliegende Schnittmusterbogen gibt der Hausfrau und Ratter Anleitung, ihre Kleidung, Kinderkleidung und Wäsche selbst zu schneiden. Die in organischem Zusammenhang mit der Kleiderfrage stehenden Gebiete, Kunsthandwerk und Körperkultur, werden von Fachleuten anregend und erschöpfend behandelt.

Jährlich sechs Hefen 30 Mark  
Halbjährlich 15 Mark  
Einzelheft 6 Mark

G. Braunsche Hofbuchdruckerei  
und Verlag, Karlsruhe in Baden  
Karlsruherstraße 14.

## Schöne Wohnung

von etwa 6—7 Zimmern in oder bei Karlsruhe per sofort oder später von Oberingenieur

gesucht.

Zuzugsgenehmigung für Karlsruhe vorhanden. Eventl. wird **Einfamilienhaus** gemietet oder gekauft.

Angebote unter J. 795 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

## Kaufe u. verkaufe

fortwährend getragene  
Herren- und Damenbekle-  
dungstücke, Uniformen,  
Wäsche, Schuhe, Uhren,  
Reiszeuge, Ferngläser, Mu-  
sikinstrumente, Gold, Silber,  
 Brillanten, Möbel aller Art,  
 Nähmaschinen, Kinderwagen  
 usw. usw.

Gefl. Angebote erbitte

**Weintraubs**

An- und Verkaufsgeschäft

Karlsruhe

Kronenstraße 52

Teleph. Nr. 3747

## Bürgerliche Rechtspflege.

3.322. Forzheim. Im Konkursverfahren über den Nachlass des Ladierers Friedrich Deffner in Forzheim ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverdict und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf:

Donnerstag, 3. Februar 1921,

vormittags 9 Uhr,

vor das Amtsgericht Forzheim II. Stadzimmer Nr. 13.

Die Gebühren und Auslagen der Konkursverwaltung werden wie folgt festgesetzt: Rechtsanwalts- und Gerichtskosten 22.50 M., Rechtsanwalts-Böhm 50 M.

Forzheim, 5. Jan. 1921.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. S.

# 3. Ziehungsliste der Deutschen Spar-Prämienanleihe von 1919.

(Ziehung vom 3. Januar 1921).

Bei der heutigen Gewinnverlosung wurden gezogen: — die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für alle vier Reihen —

Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.	Reihe A-D	Gruppe	Nr.					
1	361	2000	252	254	2000	507	324	1000	713	15	1000	926	226	3000	1155	16	1000	1412	328	2000	1696	266	1000	1963	279	3000	2256	169	3000											
4	301	5000	280	304	25000	509	141	1000	717	382	2000	927	104	10000	1159	374	10000	1412	364	25000	1697	370	2000	1972	287	3000	2259	309	3000											
5	343	50000	282	171	30000	518	214	1000	723	97	100000	932	166	3000	1160	214	1000	1413	213	5000	1710	139	1000	1983	108	150000	2260	54	10000											
19	190	25000	283	182	10000	522	110	1000	726	234	1000	944	181	10000	1161	148	2000	1415	104	1000	1712	281	1000	2001	377	2000	2261	307	5000											
22	74	1000	284	240	10000	532	170	1000	727	112	1000	944	319	5000	1162	71	1900	1416	10	5000	1714	228	1000	2003	373	3000	2273	100	1000											
24	378	5000	285	206	1000	546	150	10000	728	203	3000	952	110	5000	1184	264	2000	1464	89	1000	1723	51	25000	2005	312	5000	2286	140	1000											
26	340	2000	289	392	1000	547	329	3000	735	225	1000	955	112	1000	1188	232	2000	1464	159	3000	1724	6	1000	2015	50	2000	2287	197	2000											
29	84	2000	297	139	5000	552	311	1000	742	32	2000	955	146	1000	1193	289	3000	1467	203	3000	1724	357	3000	2015	143	5000	2289	195	2000											
33	262	1000	305	143	2000	553	323	1000	745	321	1000	955	309	2000	1194	126	100000	1471	142	2000	1725	202	1000	2020	111	3000	2293	6	5000											
39	11	1000	312	52	1000	554	71	1000	747	10	5000	959	153	3000	1198	235	1000	1472	53	2000	1730	62	25000	2037	160	25000	2299	253	5000											
43	14	5000	314	335	1000	558	53	1000	747	39	3000	960	383	3000	1199	199	5000	1474	371	1000	1732	172	5000	2039	147	1000	2302	105	1000											
43	187	1000	324	81	3000	560	232	5000	747	258	2000	964	366	5000	1204	189	5000	1478	41	3000	1735	299	10000	2051	30	3000	2304	46	1000											
50	126	1000	328	336	3000	561	307	1000	761	196	1000	976	371	10000	1206	345	1000	1481	380	50000	1736	213	3000	2051	282	5000	2304	160	1000											
52	302	3000	332	241	1000	564	347	1000	774	155	10000	981	117	2000	1222	178	50000	1485	57	5000	1736	266	50000	2053	353	1000	2317	8	3000											
60	301	2000	347	20	3000	568	357	25000	775	21	1000	985	136	200000	1222	365	5000	1487	38	1000	1773	126	2000	2055	149	2000	2319	216	3000											
70	320	2000	351	337	1000	569	211	1000	776	223	3000	994	346	3000	1230	364	5000	1488	399	1000	1775	96	1000	2056	98	2000	2324	363	1000											
73	289	1000	356	304	1000	571	200	10000	779	137	5000	999	115	1000	1236	44	1000	1494	127	3000	1791	307	1000	2075	367	5000	2331	71	1000											
77	266	2000	367	12	3000	577	83	2000	782	362	1000	1001	303	1000	1242	135	1000	1495	170	1000	1792	282	5000	2100	30	1000	2333	124	2000											
79	102	3000	368	264	1000	578	355	5000	782	366	2000	1006	239	10000	1243	25	2000	1495	329	10000	1793	63	1000	2105	256	1000	2336	81	1000											
83	83	1000	373	235	1000	580	302	3000	789	59	1000	1013	329	3000	1258	115	3000	1517	91	3000	1799	209	1000	2123	189	10000	2341	111	3000											
84	271	1000	379	334	5000	583	377	5000	791	276	1000	1024	205	1000	1258	115	3000	1517	91	3000	1799	209	1000	2123	189	10000	2341	111	3000											
86	177	3000	380	47	1000	586	119	3000	802	389	3000	1026	93	3000	1258	278	5000	1517	155	1000	1799	209	1000	2123	189	10000	2341	111	3000											
86	321	1000	381	150	10000	588	50	5000	805	320	50000	1026	255	1000	1270	76	1000	1518	82	1000	1808	372	1000	2127	131	2000	2353	101	1000											
92	286	1000	383	365	1000	590	199	3000	806	111	500000	1043	64	1000	1271	275	3000	1542	287	1000	1818	56	1000	2136	346	1000	2364	100	1000											
110	206	1000	384	182	2000	598	31	1000	807	373	1000	1043	271	5000	1274	293	2000	1551	149	2000	1821	311	2000	2138	189	1000	2367	254	1000											
113	25	1000	389	399	1000	599	326	1000	809	361	1000	1044	269	1000	1278	34	25000	1551	178	3000	1823	12	3000	2140	45	1000	2369	366	1000											
115	144	1000	395	74	25000	603	51	5000	812	8	2000	1049	11	5000	1294	141	3000	1551	298	1000	1830	340	3000	2140	325	10000	2374	222	1000											
119	308	3000	400	245	1000	604	41	2000	824	386	1000	1049	257	2000	1297	92	5000	1557	20	3000	1840	306	3000	2146	94	25000	2376	215	1000											
132	193	3000	401	101	5000	606	68	10000	826	82	2000	1052	160	2000	1308	342	5000	1558	200	25000	1848	153	1000	2147	57	1000	2378	91	5000											
141	140	3000	403	22	2000	613	241	1000	830	36	1000	1060	29	2000	1309	307	10000	1562	135	1000	1854	19	2000	2147	191	1000	2378	146	1000											
143	9	2000	425	1	100000	621	174	10000	835	326	3000	1063	201	1000	1310	254	1000	1567	249	10000	1858	128	1000																	